

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Ulrich Steinbach (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und

Antwort

des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen

Unterhaltsvorschuss und Rückholquoten in der Stadt und Landkreis Bad Kreuznach

Die **Kleine Anfrage 2447** vom 16. Juli 2014 hat folgenden Wortlaut:

Als eine der zentralen sozial- und familienpolitischen Leistungen für Kinder alleinerziehender Elternteile nimmt der Unterhaltsvorschuss eine besondere Stellung innerhalb der Familienleistungen ein.

Der Unterhaltsvorschuss gemäß Gesetz zur Sicherung des Unterhalts von Kindern alleinstehender Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschüsse oder -ausfallleistungen (Unterhaltsvorschussgesetz – UhVorschG –) soll die finanzielle Situation von Alleinerziehenden und ihren Kindern verbessern, wenn ein unterhaltspflichtiger Elternteil seiner Verpflichtung nach Unterhalt nicht nachkommt. Ziel ist demnach, die Alleinerziehenden und ihre Kinder situativ aufzufangen, aber nicht von staatlicher Seite aus generell für den Unterhalt aufzukommen. Entsprechend werden staatlicherseits Beträge vonseiten des Unterhaltsschuldners eingefordert.

Anspruchsberechtigt ist nicht ein Elternteil, sondern das Kind selbst. Durch die Leistungen des UhVorschG tritt der Staat in Vorleistung. Finanziert wird der Vorschuss durch Bundes- und Landesmittel. Sowohl für die Auszahlung als auch für die Rückforderung sind die Kommunen (überwiegend Jugendämter) zuständig.

Nach § 7 Abs. 3 UhVorschG sind die Landkreise und kreisfreien Städte gesetzlich verpflichtet, der Rückforderung der übergegangenen Unterhaltsansprüche nachzukommen. Diese Unterhaltsansprüche müssen rechtzeitig und in voller Höhe durchgesetzt und in den festgelegten Anteilen an den Bund und an das Land zurückgeführt werden. Die Rückholquoten sind relativ gering und in den einzelnen Kommunen sehr unterschiedlich. Da ein erheblicher Teil der Ausgaben für Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz das Land trägt, würde eine Verbesserung der Rückholquote auch dem Landeshaushalt zugutekommen. Vor dem Hintergrund einer immer weiter steigenden Zahl von Alleinerziehenden, die für ihre Kinder auf den Unterhaltsvorschuss angewiesen sind, und einer gleichzeitig schwierigen Haushaltslage, ist eine Umsetzung bestehender Forderungen finanzieller Art rechtlich und wirtschaftlich gegeben.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Kinder und Jugendliche in der Stadt und im Landkreis Bad Kreuznach erhalten Leistungen nach dem UhVorschG (bitte die Entwicklung für die letzten fünf Jahre ausweisen.)?
2. Wie viele Kinder in der Stadt und im Landkreis Bad Kreuznach erhalten keinen Unterhaltsvorschuss nach dem UhVorschG, weil das Kind die Altersgrenze oder die Höchstbezugsdauer von 72 Monaten erreicht hat (bitte die Entwicklung für die letzten fünf Jahre ausweisen.)?
3. Wie hat sich die Rückholquote (kassenmäßige realisierte Rückgriffe im Verhältnis zu den Ausgaben) in der Stadt und im Landkreis Bad Kreuznach entwickelt (bitte die Entwicklung für die letzten fünf Jahre ausweisen.)?
4. Wie hat sich die Zahl und die Höhe der offenen Forderungen gemäß § 7 UhVorschG in der Stadt und im Landkreis Bad Kreuznach entwickelt (bitte die Entwicklung für die letzten fünf Jahre ausweisen.)?
5. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um die Rückgriffzahlen und Rückholquoten zu verbessern, und welche sind für die Zukunft geplant?

Das **Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 6. August 2014 wie folgt beantwortet:

Zielsetzung des Unterhaltsvorschussgesetzes ist, den Schwierigkeiten zu begegnen, die alleinstehenden Elternteilen und ihren Kindern entstehen, wenn der andere Elternteil, bei dem das Kind nicht lebt, sich der Pflicht zur Zahlung von Unterhalt ganz oder teilweise entzieht, hierzu nicht oder nicht in hinreichendem Maße in der Lage ist oder wenn er verstorben ist.

Nach § 8 Unterhaltsvorschussgesetz werden die zu zahlenden Geldleistungen zu einem Drittel vom Bund getragen, die nach § 7 eingezogenen Beträge sind zu einem Drittel an den Bund abzuführen.

An den auf das Land entfallenden Ausgaben und Einnahmen sind durch das Landesgesetz zur Ausführung des Unterhaltsvorschussgesetzes vom 29. Juni 2000 die mit der Durchführung des Unterhaltsvorschussgesetzes beauftragten Kommunen mit 50 % beteiligt.

Zu Frage 1:

Die Anzahl der Berechtigten nach dem Unterhaltsvorschussgesetz wird jährlich statistisch erhoben. In den folgenden Tabellen werden sie nach Stadt und Kreis Bad Kreuznach aufgeschlüsselt für die letzten fünf Jahre aufgelistet.

Tabelle 1 a – UV-Berechtigte Stadt Bad Kreuznach

Jahr	Zahlfälle jeweils am 31. Dezember	Einstellungen im Laufe des Berichtsjahres	zusammen
2009	401	170	571
2010	426	155	581
2011	430	180	610
2012	450	154	604
2013	481	131	612

Tabelle 1 b – UV-Berechtigte Kreis Bad Kreuznach

Jahr	Zahlfälle jeweils am 31. Dezember	Einstellungen im Laufe des Berichtsjahres	zusammen
2009	530	185	715
2010	469	225	694
2011	444	242	686
2012	434	217	651
2013	412	185	597

Es ist eine gegenläufige Entwicklung hinsichtlich der Anzahl der Unterhaltsvorschussberechtigten zu erkennen. Während im Kreis die Zahl der Unterhaltsvorschussbezieher und Unterhaltsvorschussbezieherinnen kontinuierlich zurückgegangen ist, ist sie in der Stadt Bad Kreuznach kontinuierlich angestiegen.

Zu Frage 2:

In den folgenden Tabellen sind die Fälle, in denen die Zahlung nach dem Erreichen der Höchstbezugsdauer von 72 Monaten oder aufgrund des Erreichens der Altersgrenze (Vollendung des 12. Lebensjahres) eingestellt wurde, dargestellt.

Tabelle 2 a – Einstellung wegen Alter oder Höchstleistungsdauer – Stadt Bad Kreuznach

Jahr	Einstellung wegen Vollendung 12. Lebensjahr	Einstellung wegen Erreichens der Höchstleistungsdauer von 72 Monaten	zusammen
2009	28	30	58
2010	36	35	71
2011	37	34	71
2012	33	30	63
2013	32	31	63

Tabelle 2 b – Einstellung wegen Alters oder Höchstleistungsdauer – Kreis Bad Kreuznach

Jahr	Einstellung wegen Vollendung 12. Lebensjahr	Einstellung wegen Erreichens der Höchstleistungsdauer von 72 Monaten	zusammen
2009	76	45	121
2010	26	42	68
2011	30	33	63
2012	24	34	58
2013	25	24	49

Zu Frage 3:

Die Rückgriffquote ist das Verhältnis zwischen den Ausgaben aus gezahlten Unterhaltsvorschussleistungen und Einnahmen nach § 7 des Unterhaltsvorschussgesetzes (Rückgriff bei Unterhaltspflichtigen). Sie stellt sich in der Stadt und im Kreis Bad Kreuznach sehr unterschiedlich dar. Während die Kreisverwaltung im Jahr 2009 einen Spitzenwert von 35,18 % erreicht hat, liegt der Spitzenwert der Stadtverwaltung Bad Kreuznach bei lediglich 18,7 % im Jahr 2010.

Tabelle 3 – Rückgriffquoten Stadt und Kreis Bad Kreuznach

Verwaltung	2013	2012	2011	2010	2009
Kreisverwaltung Bad Kreuznach	28,29 %	30,82 %	29,84 %	27,39 %	35,18 %
Stadtverwaltung Bad Kreuznach	10,93 %	14,17 %	14,88 %	18,70 %	16,28 %

Nach Ansicht der Landesregierung ist die Rückgriffquote allerdings kein geeigneter Indikator für die Leistungsfähigkeit einer Unterhaltsvorschussstelle. Der Rückgriff geschieht in vielen Fällen zeitverzögert. Es werden also bei der jährlichen Betrachtung Ausgaben mit Einnahmen verglichen, die Unterhaltsvorschusszahlungen und damit Forderungen aus Vorjahren betreffen, gegebenenfalls sogar von Unterhaltspflichtigen, deren Kinder nicht mehr im Bezug stehen. Ein Drittel bis ein Viertel der Unterhaltsvorschusszahlungen werden als sog. Ausfallleistung gezahlt, d. h. die Unterhaltspflichtigen können nicht für den Rückgriff herangezogen werden, weil sie nicht leistungsfähig, nicht ermittelbar oder verstorben sind. Hat ein Kind keinen Unterhaltsanspruch, ist ein Rückgriff von vornherein nicht möglich, da kein Unterhaltsanspruch nach § 7 Absatz 1 Unterhaltsvorschussgesetz auf das Land übergehen kann. Der verstärkte Zuzug von Alleinerziehenden kann insbesondere in großen Städten eine „schlechte“ Rückgriffquote zur Folge haben. Daher richten sich die Maßnahmen der Landesregierung zur Unterstützung der Unterhaltsvorschussstellen in der Regel nicht nur auf die Verbesserung der Rückholquote, sondern auch auf die Sicherstellung eines möglichst guten Qualitätsstandards der Unterhaltsvorschussstellen.

Zu Frage 4:

Hierzu liegen der Landesregierung keine Angaben vor. Zur Beantwortung wurde eine Abfrage bei der Stadt und dem Landkreis Bad Kreuznach durchgeführt. Beide Kommunen gaben an, dass entsprechende Daten nicht laufend erhoben werden.

Zu Frage 5:

Die Unterhaltsvorschussstellen in Rheinland-Pfalz werden vom Landesjugendamt kontinuierlich fachlich in ihrer Aufgabenwahrnehmung begleitet, insbesondere durch

- regelmäßige Fachtagungen zu speziellen Themen unter Beteiligung externer Referentinnen und Referenten,
- Qualifizierung von neu in das Sachgebiet UVG eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern,
- einen halbjährlich stattfindenden Erfahrungsaustausch zwischen Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern örtlicher Unterhaltsvorschusskassen in Arbeitskreisen unter der Moderation des Landesjugendamtes,
- beratende Unterstützung bei der Erstellung von Formblättern und Mustertexten,
- Beratung zu Einzelfallfragen,
- entscheidungsrelevante Stellungnahmen zu schwierigen Rechtsfragen im Einzelfall,
- Rundschreiben zu Änderungen maßgeblicher Gesetze bzw. zu aktueller Rechtsprechung,
- jährliche Information zu den praxisrelevanten Auswirkungen der jeweiligen Richtlinienänderungen,
- UVG-Richtlinien und deren regelmäßige Fortschreibung.

Irene Alt
Staatsministerin